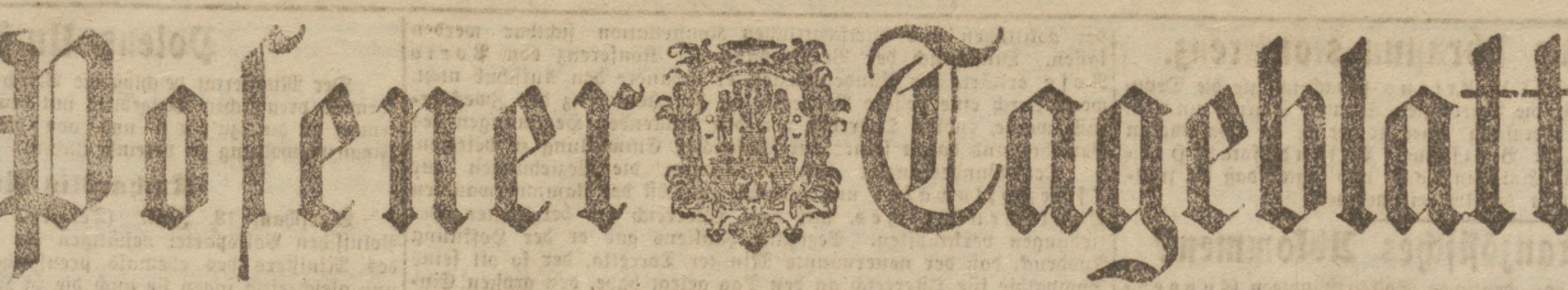
Freitag, 15. Juli 1921. Einzelnummer 5 Mark. 60. Jahrgang. Nr. 110.



Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis vom 1. Juli 1921 an monatlich M.
in der Geschäftsstelle 50.—
in den Ausgabestellen 52.50
durch Zeitungsboten 55.—
durch die Post . . . 55.—
Fernsprecher: 4246, 2273, 3110, 3 49.

Anzeigenpreis: f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . 10.— M. im Reklameteil 30.— M. Für Aufträge aus Deutschland . 3.50 M. im Reklameteil 10.— M. in deutscher Mark.
Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau; für Polen: Czekowe Konto P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

Die Lage in Oberschlesien.

Der neue Teilungsplan, den die „Europe Nouvelle" verrät, und den wir gestern mitgeteilt haben, bedeutet natürlich noch keine endgültige Entscheidung über die Zukunft des Industriegebietes, da diese ausdrücklich dem Obersten Rat vorbehalten bleibt, der vermutlich Ende Juli oder Anfang August zusammenkommen soll. Allein er entbehrt doch wohl nicht jeder Grundlage, da Briand sich schon verschiedene Male dafür erklärt hat, daß das Hauptindustrierevier Polen zugesprochen werden solle. Man muß annehmen, daß Briand die feste Hoffnung hegt, etwaige Widersprüche bei den Verbündeten durch Kompensationen auf anderen Gebieten zu überwinden.

In jedem Falle muß der Darstellung der „Europe Novelle" entgegengetreten werden, die den Eindruck zu erwecken sucht, als käme eine solche Teilung dem Abstimmungsergebnis am nächsten. Dieses war doch beträchtlich anders. Der Oberste Rat wird schließlich allein die Verantwortung dafür zu tragen haben, welche Entscheidung er über die Zukunft dieses unglücklichen Landes, dessen Bevölkerung in den letzten Monaten geradezu Unerhörtes zu erdulden hatte, treffen wird. Er wird sich aber dabei bewußt sein müssen, daß ein Zerreißen des Industriegebietes in wirtschaftlicher Hinsicht zu außerordentlich betrübenden Konsequenzen führen muß.

Die Lage der oberschlesischen Industrie ist trostlos. Es fragt sich sehr, ob sie die Krisis überstehen könne, vielleicht durch Hilfe von außen; ihre Mittel sind erschöpft. Vierzehn Tage wurde gestreikt, und nach dem Streik ist die Arbeit lange nicht in vollem Umfang wieder aufgenommen worden. Es wurde debattiert, Gesinnung geschnüffelt, aber nicht gearbeitet. Die Arbeitsleistung betrug höchstens ein Drittel der vor dem Aufstand. Dazu kommt, daß die Kohle zum Teil nicht abgeschoben werden konnte, nach Polen nicht, weil aus Mangel an Eisenbahnmaterial der Transport sich an einzelnen Stellen staute, nach Deutschland nicht, weil die Verbindung vollkommen unterbrochen war. Ebenso traurig steht es um die Stahlindustrie. Die Kosten für Stahl z. B. haben sich während der Aufstandszeit wegen der geringen Arbeitszeit verdoppelt. Es liegen Milliardenwerte an Rohmaterialien da, die nicht ausgenützt werden können, weil sie von den Aufständischen beschlagnahmt sind. Die Industrie setzt nichts ab und soll die Löhne zahlen.

Die Industrie wird sich an die interalliierte Kommission wenden und die Höhe ihrer Schäden anmelden. Als Bedingung für regelmäßige Aufnahme der Arbeit haben Werke und Gruben die Punkte aufgestellt: 1. Rückgabe des gesamten deutschen Materials. 2. Einwandfreie militärische Besetzung. 3. Ortswehren ohne frühere Insurgenten. Selbst wenn diese Bedingungen erfüllt werden sollten — es steht schon fest, daß die Franzosen Punkt 3 umgehen —, wird es sehr schwer sein, den ordentlichen Betrieb wieder aufzunehmen. Zunächst ohne eine großzügige Kreditaktion überhaupt nicht, die Mittel der Werke sind erschöpft. Dann aber wird es sehr schwer sein, die deutschen Beamten, Hüttenmeister, Ingenieure, Obersteiger wieder in ihre Tätigkeit zu bekommen. Die seelische Depression ist zu stark. Die ewige Drohung des neuen Aufstandes lastet auf den Gemütern. Außerdem ist die Autorität der Beamten völlig untergraben. Ihre Urlaubsgesuche stapeln sich auf den Direktionen. Wenn nicht in kürzester Frist von englischen Truppen so energisch durchgegriffen wird, daß die sichere Aussicht auf den vierten Aufstand erschüttert wird, ist die oberschlesische Industrie ruiniert. Das Bild dieses vierten Aufstandes würde dann allerdings ein anderes als diesmal sein. Die erschöpften Werke könnten keine Mittel mehr hergeben. Einerlei, was geschehe. Das Ungeheuerliche, daß der Aufstand mit deutschem Geld sozusagen bezahlt wird, würde zwangsläufig fortfallen. Wie sich dann die Entwicklung stellt, wird man sich auch auf polnischer Seite überlegen.

Briand über Oberschlesien.

Paris, 12. Juli. (PAT.) Bei der Besprechung Oberschlesiens erklärte Briand: Frankreich ist in der interalliierten Kommission in Oppeln durch einen General vertreten, der weiter seine Funktionen ausübt, und der das ganze Vertrauen der französischen Regierung besitzt. Dank der gemeinsamen Instruktionen der Verbandskommissare in Oberschlesien ist in Kürze eine Lösung zu erwarten, die mit den Beschlüssen des Versailler Vertrages übereinstimmt.

Waffenabgabe.

Beuthen, 13. Juli. (PAT.) Der interalliierte Ausschuß fordert die Bevölkerung zur Abgabe von Waffen und Munition auf. Die Abgabe soll am 18. Juli beendet sein.

Der Zwölferausschuß.

Beuthen, 14. Juli. (PAT.) Der Zwölferausschuß hat seinen Sitz von Glogau nach Gleiwitz verlegt.

Französische Anklagen.

Das französische Blatt „Populaire" erklärt, daß die größte Verantwortung für die verbrecherischen Vorfälle in Beuthen auf die verbündeten Mächte falle, die es bis jetzt nicht verstanden hätten, die oberschlesische Angelegenheit zu lösen. Der Schreiber dieses Artikels Jacques Longuet stellt fest: daß die Schuld vor allem dem Kommandeur der französischen Truppen in Oberschlesien zuzuschreiben sei, welcher den Chauvinismus seiner Soldaten in einem Maße herausgebildet habe, wodurch sie von einem Teil der oberschlesischen Bevölkerung gehaßt würden.

Gustav Hervé schreibt in der „Victoire", daß die Schuld an den Vorfällen in Beuthen vor allem die Polen träfe, welche die Lage verschlechtert hätten, weil auf ihre Veranlassung die Entscheidung der Verbündeten in der oberschlesischen Grenzregulierungsfrage noch einige Zeit hinausgeschoben werden wird.

Wortlaut des Amnestieerlasses.

Beuthen, 12. Juli. (PAT.) Die interalliierte Kommission veröffentlichte die schon vor einer Woche angesagte Amnestie. Sie lautet folgendermaßen: 1. Amnestie wird den Personen erteilt, die zum oberschlesischen Abstimmungsgebiet gehören, und die sich Vergehen gegen die Verordnungen der interalliierten Kommission und der Militärbehörden in diesen Kreisen haben zuschulden kommen lassen. 2. Diesen Personen wird Amnestie erteilt für alle strafbaren Handlungen, die anläßlich der politischen Bewegung oder der nationalen Kämpfe verübt worden sind. 3. Die Vorschriften obiger Verordnung finden keine Anwendung bei gewöhnlichen Verbrechen, Vergehungen, die aus Gewinnsucht ausgeübt worden, oder aus persönlicher Rache und Grausamkeit geschehen sind. 4. Die Amnestie bringt die Tilgung von Untersuchungsverfahren mit sich und, wenn die Verteilung schon erfolgt ist, die Befreiung von der Strafe und von den Gerichtskosten. Waffen und Munition werden nicht zurückgegeben, wenn ihr Besitz widerrechtlich war. Eine Kaution für die einbehaltenen Waffen wird nicht gewährt. 5. Diese Verordnung wird nur bei Straffällen angewendet werden, die vor dem 6. Juli d. Js. geschehen sind. Von der Verordnung sind Personen ausgeschlossen, bei denen nach dem 17. d. Mts. Waffen oder Kriegsmaterial gefunden werden, die sie sich widerrechtlich angeeignet haben. Zur Ausschließung gewisser Personen von den Vorteilen dieser Verordnung ist nur das außerordentliche Koalitionsgericht in Oppeln auf Antrag des Koalitionsprokurators befugt.

Zunehmende Unsicherheit auf dem Lande.

Aus den Landkreisen des oberschlesischen Industriebezirks werden Blättermeldungen zufolge zahlreiche Terrorakte gemeldet. Deutsche Flüchtlinge kehren mit ihren Familien zu Hunderten in die Städte Beuthen, Gleiwitz und Kattowitz zurück, da in den meisten Landorten, die ohne interalliierte Besatzung sind, Mißhandlungen, Verschleppungen und Tötungen Deutscher an der Tagesordnung sind. Bei Neuhof im Kreise Ratibor fand ein Gefecht polnischer Insurgenten mit der Ortswehr statt, wobei fünf Insurgenten erschossen worden.

Auch in den Städten werden die Zustände immer unhaltbarer. Eine große Bande bewaffneter Insurgenten plünderte das Lager der Notstandsversorgung in Boguschütz, ohne irgendwie behindert zu werden. Innerhalb von zwei Stunden bemächtigten sich auf dem Bahnhof Myslowitz frühere Insurgenten eines Waggons und beschlagnahmten 5000 Liter Spiritus.

Die Lage in Oppeln ist gespannt. Polnische Apobeamte, die zurückkehrten, gerieten in Konflikt mit deutschen Flüchtlingen. Bei einer Razzia der Apo auf nachts sich herumtreibende Frauen erhielten zwei Frauen und ein Franzose bei der Flucht Schußverletzungen. Die Franzosen ziehen Verstärkungen heran. Ein Sekretär Korfantys wurde in Oppeln von Unbekannten belästigt.

Immer zahlreicher werden Wünsche laut, die Franzosen durch Engländer ablösen zu lassen. In Beuthen sind mehrere englische Tanks eingetroffen. Die englischen Truppen haben die Franzosen zum großen Teil abgelöst. Nur noch die Stadtteile Friedenshütte und Rosenberg haben französische Wachen.

Der Redakteur Fischer von der „Ostdeutschen Morgenpost" ist im Wege des Austausches von Gefangenen freigelassen worden.

Die Verworrenheit im Orient.

Während Frankreich sich bemüht, durch Nachgeben mit den Kemalisten zu einer Einigung zu gelangen, bekämpft es in geradezu kleinlicher Weise den Emir Feissal und seinen Bruder Abdullah. Feissal, der in Mesopotamien anscheinend von der Bevölkerung mit Begeisterung aufgenommen worden ist, soll, wie aus guter Quelle verlautet, im besten Einvernehmen mit der Regierung von Angora stehen. Es ist ein Zeichen für die allgemeine Verworrenheit der Lage im Osten, daß einmal die Briten einen Freund der türkischen Nationalisten wie Feissal nach Mesopotamien senden, andererseits aber die Griechen in ihren mehr als zweifelhaften militärischen Unternehmungen gegen Angora begünstigen und schließlich General Harrington zu Mustapha Kemal senden, angeblich um ihn vor einem Angriff auf Konstantinopel zu warnen, in Wahrheit wohl, um den Führer der türkischen Nationalbewegung für ein Einlenken zu gewinnen, das den Griechen und ihren Hintermännern, den Engländern, gestatten würde, sich mit einem blauen Auge aus der mißlichen Lage zu ziehen, in die sie in Kleinasien geraten sind.

Das Verhalten der Engländer ist also ebenso unklar und sprunghaft wie das der Franzosen. Mustapha Kemal dagegen verfolgt eine bestimmte Linie: Die Besetzung des nationalen Bodens der Türkei und die Sicherung der berechtigten Ansprüche des osmanischen Volkes. Daß in dieser festen Entschlossenheit der türkischen Nationalisten die beste Gewähr für den Erfolg ihrer Sache liegt, hat allein Italien erkannt, das sich von Anfang an mit Angora gut gestellt und angesichts der Forderungen der Kemalisten klug auf die gegen den Willen der Türken doch nicht haltbare wirtschaftliche Einflußsphäre von Adalien verzichtet hat. Will Frankreich dem Wunsch der Kammerausschüsse entsprechen, die Kosten für Syrien herabzusetzen und die militärische Besatzung dort vermindern, so bleibt ihm nichts übrig, als auch seinerseits sich nicht allein mit den Forderungen der türkischen Nationalisten abzufinden, sondern zugleich auch den ungeschickten, auf die persönliche Abneigung General Gourauds zurückzuführenden Widerstand gegen Feissal und seinen Bruder fallen zu lassen.

Neue Niederlage der Griechen.

Paris, 12. Juli. Eine Havasdepesche meldet aus Konstantinopel: Griechische Truppen landeten in Kara Murssel. Sie haben eine schwere Niederlage erlitten. Die Griechen landeten ungefähr 4000 Mann. Sie versuchten, in der Richtung gegen Isnik vorzudringen. Aber nach einer kraftvollen Verteidigung durch die Bevölkerung, die durch reguläre kemalistische Truppen verstärkt worden war, wurden die Griechen nach der Küste zurückgedrängt. Nach Bestätigung aus sicherer Quelle haben die Griechen Verluste von 1000 Mann an Toten und Verwundeten. Die griechischen Blätter geben diese Niederlage zu, und die griechische Zeitung „Paris", die in direkter Verbindung mit dem griechischen Generalstab steht, bestätigt diese Niederlage. Nach neuesten Informationen haben die Griechen ihre Kräfte wieder eingeschifft, und die Halbinsel Kara Murssel ist nun vom Feinde geräumt.

Keine Zusammenkunft Harringtons mit Kemal.

London, 13. Juli. (PAT.) Aus Konstantinopel wird gemeldet: Hier bestätigt sich die Nachricht, daß eine Zusammenkunft Generals Harrington mit Mustapha Kemal nicht stattfindet, weil dieser neue Bedingungen aufgestellt hat.

Türkischer Angriff bei Brussa.

Angora, 13. Juli. (PAT.) Die türkischen Truppen griffen die Griechen westlich von Brussa an. Die Griechen wurden mit Verlusten zurückgeschlagen.

Siegreiche Offensive der Griechen.

Athen, 13. Juli. (PAT.) Eine Depesche aus Smyrna meldet, daß die Griechen eine siegreiche Offensive begonnen haben und Agranos (?) und Jenikoi eingenommen haben.

Konstantinopel, 13. Juli. (PAT.) Den Griechen ist es gelungen, nach Ismid vorzudringen. Sie wurden jedoch zurückgeschlagen und ließen 100 Tote, viele Verwundete, Waffen, Munition und Lebensmittel zurück. Die griechischen Truppen räumten die Gegend von Ismid.

Englisch-irische Verhandlungen.

London, 12. Juli. (PAT.) De Valera und Griffyt sind nach London abgereist, um am Donnerstag an einer Konferenz mit Lloyd George teilzunehmen.

Wirtschaftskrisis in Italien.

Basel, 13. Juli. Der „Secolo" berichtet, daß die Krise in der Metall-, Textil- und Glasindustrie in Oberitalien eine ernste Verschärfung erfahren hat. In Mailand, Turin, Florenz und Bologna sind über 45 000 Arbeiter beschäftigungslos, zahlreiche Fabriken und Werkstätten schließen täglich, andere beschäftigen die Arbeiter nur noch 2 oder 3 Tage in der Woche.

Drohender Konflikt zwischen Polen und Rußland.

Zum Ultimatum Tschitscherins schreiben die „Danziger Neuesten Nachrichten":

Die neue Note Tschitscherins an Polen, die vom Warschauer Außenministerium zunächst nur in kurzem Auszuge veröffentlicht wurde, stellt nach dem inoffiziell bekanntgewordenen Wortlaut eine schwere Belastung der sich soeben anspinnenden russisch-polnischen Beziehungen an, die ohnehin infolge des gegenseitigen Mißtrauens noch sehr in den Anfangsstadien stecken. Die Note des russischen Kommissars charakterisiert hinsichtlich ihres Tones der Warschauer „Naród" ganz richtig, wenn er sie „unerhört" nennt. Sie übertrifft in der Tat den sonst aus Moskau gewohnten Ton recht erheblich an unverfrorener Deutlichkeit. Hinsichtlich ihrer Bedeutung überschätzt der „Naród", das Organ der Demokraten, sie aber, wenn er sie mit Österreichs Ultimatum an Serbien vor dem Ausbruch des Weltkrieges vergleicht. Wenigstens kann man dieses zunächst weniger einschneidend beurteilen, vorausgesetzt, daß es der polnischen Regierung gelingt, sie in geschickter Weise zu beantworten.

Tschitscherin wiederholt die Vorwürfe seiner letzten Note wegen Verletzung des Rigaer Friedens durch Polen. Diese Verletzung sei erfolgt und erfolge noch durch ungenügende Internierung der gegenrevolutionären Truppen der Generale Balachowicz und Petljura sowie durch offene und sogar amtliche Unterstützung der die Umsturzbewegung in Rußland vorbereitenden Organisationen Sawinkows, des sogenannten „russischen politischen Komitees, das nach Angabe Tschitscherins bisher 350 Millionen amtlicher polnischer Gelder bezogen hat. Die Moskauer Note erklärt, die bisherigen polnischen Antworten sind ungenügend, und sagt von der Haltung der polnischen Regierung, sie komme einer Art kriegerischer Handlung gleich!

Im einzelnen verlangt Sowjetrußland, und zwar mit der mehrfach wiederholten Einleitungsformel „Die russische Regierung verlangt unverzüglich" zunächst eine wirkliche wirksame und zweckentsprechende Internierung der antibolschewistischen Truppen, die sich auf polnischem Territorium befinden, ferner die sofortige Ausweisung von vierzehn namentlich genannten Führern der Gegenrevolution, u. a. Sawinkow, Petljura, Balachowicz und ihren nächsten Mitarbeitern. Weiter aber wird die Einsetzung einer gemischten Kommission aus Polen, Russen, Ukrainern und Weißruthenen verlangt, die erstens eine Liste weiterer von Polen auszuweisender Personen aufstellen soll, zweitens sämtliche Maßnahmen der polnischen Behörden bezüglich der Ausführung der Ausweisungen und der Internierung kontrollieren soll und drittens eine Kontrolle ausüben soll über die Bestrafung derjenigen polnischen Beamten und Bürger, die die gegenrevolutionären Russenorganisationen unterstützt haben.

Die polnische Regierung hat bisher in keiner Weise zu dieser stark an ein Ultimatum erinnernden Note Stellung genommen und auch die Presse der Regierungspartei hüllt sich in Schweigen. In parlamentarischen Kreisen wird die Moskauer Note um so eifriger diskutiert und man ist sich dort durchaus dessen bewußt, daß ein Nachgeben gegenüber den unerhörten Moskauer Forderungen ausgeschlossen ist, daß aber andererseits eine glatt ablehnende Antwort leicht das Gespenst neuer Zerwürfnisse mit Rußland heraufbeschwören kann. Dieses ist aber selbst dann unerwünscht, wenn es nicht zu einem neuen Krieg führt, denn schon die Möglichkeit allein eines solchen würde manche schwebende außenpolitische Frage Polens, wie das Wilnaer und das oberschlesische Problem leicht ungünstig beeinflussen können. Ebenso aber würde auch die Überwindung der gegenwärtigen Finanzkrise, die nur bei festen Aussichten auf friedliche Arbeitsmöglichkeit erwartet werden kann, sehr unliebsam erschwert werden.

Bei der scharfen Opposition der Rechtsparteien gegen die Witosregierung kann es nicht fehlen, daß sie auch diese Gelegenheit benutzen, das Vertrauen der künftigen Wähler zur jetzigen Regierung zu erschüttern. So läßt die „Rzeczpospolita" in einem an sich sehr sachlich gehaltenen Artikel durch ihre Betonung, daß die Internierung der gegenrevolutionären Truppen und die Auflösung der entsprechenden Organisationen unbedingte Pflicht Polens sei, den Untergedanken hindurchklingen, daß es der Witos-Regierung vielleicht an der Sorgfalt bei diesen Maßnahmen fehle und daß sie insofern die Schuld an der jetzigen unbequemen Note Tschitscherins trage. Weiter aber wendet sich auch dieses Blatt schärfstens gegen die Zumutung der famosen Kontrollkommission (die übrigens sehr lebhaft an die Ententepolitik von Versailles und London erinnert und ebenso gegen die Ausweisung der antibolschewistischen Russenführer, mit denen gerade die Rechtsparteien in Polen für die Zukunft durchaus gute Beziehungen unterhalten möchten. Diese Forderungen Tschitscherins finden im Rigaer Vertrage in der Tat keinerlei Anhalt, und so kann man sie auf der Rechten im Hinblick auf die für die nächsten Wahlen äußerst wichtige Popularität scharf ablehnen. Ebenso kann die Rechte aber auch die Erfüllung der übrigen ebenfalls recht peinlichen Forderungen des russischen Ultimatums fordern, da der Rigaer Vertrag ja von Dąbski, dem Vertrauensmann des Ministerpräsidenten Witos, gemacht worden ist und somit auf diese Kreise der Unmut über die russischen Beschwerden sich entlädt.

Amerikas Hilfe für Rußland.

Danzig, 13. Juli. (PAT.) Aus Königsberg wird gemeldet: Die „Ostpreußische Zeitung" erfährt aus vollkommen sicherer Quelle, daß die Sowjetregierung sich an den gegenwärtig in Moskau weilenden Senator France mit der Bitte gewandt hat, daß Rußland von Amerika mit Lebensmitteln unterstützt werde, da die gesamte Bevölkerung von einer Hungerkatastrophe bedroht ist. Die amerikanische Regierung ist angeblich mit solcher Unterstützung einverstanden. Sie fordert gewisse Garantien.

Zur Reparationsfrage.

Paris, 13. Juli. (PAT.) Die französischen und deutschen Sachverständigen haben am 13. Juli nachmittags eine gemeinsame Sitzung abgehalten. Der deutsche Delegierte Guggenheimer berichtete die Antwort seiner Regierung auf die französischen Vorschläge. Diese Antwort spricht den Wunsch aus, eine schnelle Regelung der Entschädigungsfrage in Naturalien herbeizuführen. Die Art der Ausführung der Wiedergutmachung wird Gegenstand der Beratung von Technikern sein. Es besteht die Hoffnung, daß die Angelegenheit schnell und günstig geregelt wird.

Paris, 13. Juli. (Tel.-Un.) Die Reparationskommission hat ihre Finanzabteilung ermächtigt, Deutschland die Goldausfuhr von Summen unter 10000 Mark zu gestatten.

Frankreich zur Abrüstungskonferenz.

Paris, 13. Juli. (PAT.) Briand benachrichtigte die Deputiertenkammer davon, daß die Vereinigten Staaten Schritte einleiten wollen zwecks Zusammenberufung einer Konferenz in Washington über die Einschränkung der Bewaffnung. Briand sprach Harding seinen Dank für die Einladung aus und sagte, daß die französische Regierung geneigt ist dieselbe anzunehmen.

Ein deutsch-französisches Abkommen?

Nach der Rückkehr des deutschen Sachverständigen Guggenheimer nach Paris wurden am Montag nachmittag im französischen Außenministerium unter dem Vorsitz Loucheurs die Beratungen zwischen den deutschen und französischen Sachverständigen wieder aufgenommen. Der „Intransigeant" erklärt: „Wenn unsere Informationen zutreffen, so wird das deutsch-französische Abkommen um die Mitte dieser Woche abgeschlossen werden."

Frankreichs Außenpolitik.

In der gestrigen Kammersitzung sprach Briand über die Außenpolitik Frankreichs. Bei der Erörterung der Ereignisse in Oberschlesien erklärte er, die französischen Truppen seien mitunter in eine äußerst schwierige Lage geraten. General Lerond habe seine Pflicht unter den allerungünstigsten Bedingungen in bewundernswertester Weise erfüllt. Da die Ermordung des Kommandanten Montalègre nicht in einem Gebiet unter deutscher Oberhoheit vorgekommen sei, wäre es die Aufgabe des französischen Oberkommissars, den ganzen Fall zu übernehmen. Frankreich, so fuhr Briand fort, stehe in der oberschlesischen Frage auf dem Standpunkt, daß die Tatsachen zugunsten Polens zu sprechen scheinen, und daß schon dringende Beweisgründe gebracht werden müßten, um zu anderen Ergebnissen zu kommen.

Zur Frage der Aburteilung der Kriegsbeschuldigten bemerkte Briand, die französische Regierung mußte zu ihrem Bedauern feststellen, daß die Anwesenheit der französischen Abordnung in Leipzig vollkommen zwecklos war, da es sich ja doch nur um ein Theaterstück handelt.

Briand faßte die gegenwärtige äußere Politik nochmals kurz zusammen, indem er sagte: Man habe ein militärisches Vorgehen jederzeit zu vermeiden gesucht. Wenn es aber den Alldeutschen gelingen sollte, das Ministerium Wirth zu stürzen und Deutschland wieder in eine für Frankreich gefährliche Politik zu treiben, dann möge jeder wissen, daß Frankreich im Vollbesitz seiner Macht alles besitze, was es brauche, um die Lage wiederherzustellen.

Briand erklärte wörtlich: „Wir immer auch die Kundgebungen der deutschen Öffentlichkeit sein mögen, die ihr völliges Gleichgewicht noch nicht wieder gefunden hat und sich zum Teil noch durch alldeutsche Kreise ablenken läßt: Wir stehen am Rhein und werden diese Position nicht mißbrauchen; aber wir werden niemals zugeben, daß Deutschland unsere Interessen, unsere materiellen und moralischen Interessen gefährdet.

Vorbildliche Behandlung der Minoritäten in Dänemark.

Die „Deutsche Juristen-Zeitung" schreibt: In den von Deutschland an Dänemark abgetretenen Teilen des Landesgerichts Flensburg ist als Gerichtssprache zwar das Dänische eingeführt, doch gestatten es die Gesetze vom 28. Juni 1920, Nr. 261 und 288, ohne weiteres bei allen Gerichten deutsche Eingaben einzubringen. Auch mündlich kann in deutscher Sprache jede Angelegenheit verhandelt werden, wenn der Beteiligte erklärt, daß er des Dänischen nicht mächtig ist oder daß ihm der Gebrauch des Dänischen wesentliche Unbequemlichkeiten schafft. In diesem Falle kann auch eine amtliche deutsche Übersetzung der Eintragungen in die öffentlichen Bücher verlangt werden. Für den Gebrauch der Minderheitsrechte ist der Erwerb der dänischen Staatsbürgerschaft nicht notwendig, ebenso werden auch die weiterhin im Dienste verbleibenden deutschen und preußischen Beamten nicht gezwungen, die dänische Staatsbürgerschaft zu erwerben. Die deutschen Rechtsanwälte können ohne weiteres ihre Praxis weiter ausüben.

Aus Oesterreich.

Schober über die Auslandspolitik.

In der Sonnabendsitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten gab Bundeskanzler Schober ein Exposé, worin er feststellte, da die lokale Erfüllung der Erträge heute ein Leitsatz der europäischen Politik sei. Österreich insbesondere könne nur, so lange es die unterschriebenen Verträge respektiere und ehrlich erfülle, darauf rechnen, daß alle in ihnen enthaltenen Bestimmungen zur Durchführung kommen.

Die Beziehungen zu allen Mächten seien außerordentlich zufriedenstellend. Der Bundeskanzler verwies auf die große Bedeutung, welche der Friedenszustand mit den Vereinigten Staaten von Amerika für Österreich und Deutschland habe. Es ist dies, sagte der Bundeskanzler, ein neuer Stein im Bau des Weltfriedens, und da gerade das Deutsche Reich beim Wiederaufbau Europas ein wichtiger Faktor ist, so dürfte dieser Friedensschluß schon in nächster Zeit bedeutsame Folgen für die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Konstellation sichtbar werden lassen. Hinsichtlich der Verschiebung der Konferenz von Porto Rose erklärte der Bundeskanzler, er bedauere den Aufschub nicht, wenn durch eine bessere Vorbereitung der Konferenz der Zweck erfüllt werde, endlich Österreich von den drückenden Hemmungen des Verkehrs und damit seiner wirtschaftlichen Entwicklung zu befreien.

Der Bundeskanzler besprach sodann die Beziehungen zur Tschechoslowakei und gedachte zunächst des stammverwandten Deutschen Reiches, mit dem Österreich die herzlichsten Beziehungen verknüpften. Bezüglich Italiens gab er der Hoffnung Ausdruck, daß der neuernannte Minister Torretta, der so oft seine Sympathie für Österreich an den Tag gelegt habe, den großen Einfluß seiner Regierung in den schwebenden internationalen Fragen zugunsten Österreichs in die Wagschale legen werde. Frankreich und England hätten Österreich zahlreiche Beweise freundschaftlichen Wohlwollens gegeben. Er verwies sodann auf die freundschaftlichen Beziehungen zur Tschechoslowakei und zu Rumänien und erklärte, die Beziehungen zu Südslawien seien befriedigend zu nennen.

Bezüglich Westungarns betonte der Bundeskanzler, daß die Botschaft der Botschafterkonferenz die einzige Rechtsgrundlage bilde, auf welcher diese Angelegenheit vereinigt werden könne. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß sie sich reibungslos erledigen lassen werde, zumal alle den größten Wert darauf legen, mit Ungarn in enge, nicht nur gut nachbarliche, sondern auch freundschaftliche Verhältnisse zu gelangen. Hinsichtlich Rußlands verwies der Bundeskanzler auf seine Absicht, die beiderseitigen Kriegsgefangenen-Kommissionen zu praktischen Vertretungen auszubauen und die Möglichkeit zu schaffen, daß Handelsbeziehungen zwischen den beiden Staaten angebahnt werden.

Der Bundeskanzler betonte schließlich, er beabsichtige die auch bisher vom Auswärtigen Amt geübte Pflege der besten Beziehungen zu allen Staaten mit allen Kräften durchzusetzen.

Italien.

Der neue Kurs der italienischen Außenpolitik.

Berlin, 12. Juli. Nach Pariser Meldungen veröffentlicht das Blatt „L'oeuvre" einige Mitteilungen über die Politik des neuen italienischen Außenministers Torretta. Nach Mitteilungen seiner Mitarbeiter wird der neue Minister die Politik des Grafen Sforza weiter verfolgen. Er hat für Österreich eine Vorliebe. Dagegen kann nicht auf eine versöhnliche Haltung gegen Jugoslawien gerechnet werden. Über die Stellung des neuen Außenministers in der oberschlesischen Frage lautet die Auskunft etwas vorsichtig. Es wird dafür wörtlich gesagt: „Es scheint daß die Politik Torrettas, da sie um das europäische Gleichgewicht und die wirtschaftlichen Interessen der Polen besonders besorgt ist, nicht im Widerspruch zur Politik Frankreichs steht, das ein politisch und wirtschaftlich starkes Polen wünscht.

So faßt man die Lage in Italien und Paris auf; das sagt noch nicht, daß alles so richtig ist.

Neue Verwicklungen auf dem Balkan.

London, 13. Juli. Pariser Telegramme über die Vorgänge in Albanien lassen die Lage so erscheinen, als ob sich neue internationale Verwicklungen auf dem Balkan vorbereiten. Das Vorgehen Serbiens sowie die Unruhen in Mittelalbanien sollen sich gegen Griechenland richten, während Bulgarien in Thrazien Vorbereitungen trifft, die auf eine Unterstützung der türkischen Nationalisten hinauslaufen. Letztere rechnen mit dem baldigen Rücktritt des türkischen Sultans, dem Prinz Abdul Medschid, ein Freund der Nationalisten, auf dem Throne folgen soll. In Pariser politischen Kreisen befürchtet man, daß die Ereignisse den Beschlüssen der Entente vorauseilen können, weil eine Aktivität auf dem ganzen Balkan zu bemerken sei.

Japan in Ostsibirien.

London, 12. Juli. Reuter meldet: Im Unterhause sagte der Unterstaatssekretär des Äußern in Beantwortung einer Anfrage, die englische Regierung sei von der japanischen Regierung benachrichtigt worden, daß diese angesichts der unruhigen Verhältnisse in Ostsibirien gezwungen sei, Garnisonen in Wladiwostok, Sachalin und verschiedenen Orten der Seeprovinz zu unterhalten, bis ein befriedigendes Abkommen mit der gesetzmäßigen russischen Regierung erzielt sei. Soviel die britische Regierung wisse, sei die Insel Sachalin von Japan nicht annektiert worden.

Mexikanischer Protest gegen Amerika.

Newyork, 12. Juli. Die mexikanische Regierung hat den Vereinigten Staaten einen schriftlichen Protest gegen die Entsendung der amerikanischen Kriegsschiffe „Sacramento" und „Cleveland" nach Tampico übermittelt. Präsident Obregon erklärt in dem Protest, daß die mexikanische Regierung selbst die Macht habe, Unruhen in den Petroleumgebieten zu unterdrücken. Die Vereinigten Staaten hätten keinerlei Recht zu einer derartigen Neutralitätsverletzung. Die mexikanische Regierung bedauere, daß sich die amerikanische Regierung nicht auf Verhandlungen einlasse, sondern den völkerrechtswidrigen Weg einer Intervention durch Gewalt beschreite.

Polens Unifikation.

Der Ministerrat beschloß die Verschmelzung der Verwaltung des ehemals preußischen Teilgebiets mit dem übrigen Polen vom 1. September an durchzuführen und von diesem Termin an zunächst die Finanzverwaltung zu vereinheitlichen.

Kucharskis Rücktritt.

Warschau, 13. Juli. (Tel.-Un.) Die heutigen Blätter der Polnischen Volkspartei bestätigen die Meldung von der Demission des Ministers des ehemals preußischen Teilgebiets Kucharski und gleichzeitig sagen sie auch die in Kürze bevorstehende Demission des Posener Wojewoden Celichowski an. Celichowski ist ein führendes Mitglied der Nationaldemokraten.

Minderheitsrechte.

Von Domänenpächtern.

Trotz der Verfügung vom 1. Juli, wonach die administrativen Maßnahmen gegen die Domänenpächter aufhören sollen, gehen uns immer noch Berichte von Zwangsausweisungen zu. So ist Herr Richard Teske aus Powiedacz (Hirschfeld), Kr. Mogilno, am 2. d. Mts. trotz des bekannten Telegramms zwangsweise durch Gendarmen und den Distriktskommissar herausgesetzt worden. Er wohnt jetzt bei seinem Bruder in Ostrowit, seine Sachen sind bei Nachbarn untergestellt.

Über das Hofkammergut Chwalkowo bei Schroda, Pächter Herr Sarrazin, ist von der polnischen Regierung als Zwangsverwalter eingesetzt worden der Oberst Pazławski, ein Vetter des Domänenreferenten Osowicki. Pazławski soll auch die Pachtung übernehmen. Dieser hat nun zu dem vorhandenen Inventar sein ganzes eigenes Inventar, bestehend aus 34 Kühen, 5 Bullen, 32 Pferden, 22 Fohlen, 43 Stück Jungvieh und 38 Schafen auf das Gut geschafft und füttert sie mit den beschränkten Vorräten des Gutes. Protest gegen diesen Übergriff des Zwangsverwalters ist bei der Wojewodschaft eingelegt, aber bisher wirkungslos geblieben. Außerdem begnügt sich Pazławski, der eine Wohnung in Posen hat, und dort auch mit seiner Familie lebt, nicht mit den ihm von Herrn Sarrazin zur Verfügung gestellten Zimmern, sondern er verlangt, daß ihm ein ganzes Wohnhaus, das von der Schwiegermutter des Herrn Sarrazin auf Grund Kontrakts bewohnt wird, ausgeräumt und überlassen wird.

Herr Pfarrer Dost aus Lubin, Kreis Koscian, berichtet, daß auf der dortigen Domäne der Zwangsverwalter allen deutschen Arbeitern gekündigt und sie aufgefordert habe, binnen drei Tagen ihre Wohnungen zur Vermeidung zwangsweiser Entfernung zu räumen. Dem Verlangen nach einer schriftlichen Kündigung hat er nicht stattgegeben mit der Begründung, daß schriftliche Kündigungen nur der alte Domänenpächter ausstellen könne.

Zu den Pächtern staatlicher Güter, denen gegenüber man bisher von Versuchen, sie hinauszusetzen, Abstand genommen hatte, gehört der Landschaftsrat Pieper aus Przylepki, Kreis Schrimm bezüglich seiner Pachtung Dambicz, Kreis Lissa. Man hatte auch einen besonderen Grund, gegen ihn nicht in der gleichen Weise vorzugehen wie gegen die anderen Domänenpächter. Herr Pieper hatte nämlich das Gut Dambicz nicht vom preußischen Staat, sondern vom Fürsten Sulkowski gepachtet, und zwar durch einen Vertrag, der vom Juli 1909 ab noch bis zum 1. Juli 1927 läuft. Das Eigentum an dem Sulkowskischen Gut ist dann durch Erbgang an den preußischen Staat gekommen, der in den Pachtvertrag selbstverständlich eintreten mußte. Obwohl Herr Pieper das Pachtgeld für die Zeit bis Ende 1921 richtig bezahlt hat, obwohl man Herrn Pieper bisher nicht im geringsten vorbereitet oder Drohungen ihm gegenüber ausgesprochen hatte, erhielt er am 27. Juni d. Js. ein vom 23. datiertes Schreiben des Ansiedlungsamtes, in dem ihm erklärt wird, daß ihm auf Grund des Gesetzes vom 14. Juli 1920 das Gut bis zum 15. Juli d. Js. weggenommen werde. Der Tag der Wegnahme würde noch bekanntgegeben. Freilich lohnt sich in diesem Fall die Eile. Denn die Ernte auf dem tadellos bewirtschafteten Gut, die dank dem reichlich hineingesteckten künstlichen Dünger hervorragend zu werden verspricht, darf doch nicht dem bisherigen Besitzer in die Hände fallen. Und das nennt sich Schutz der nationalen Minderheiten!

*

Ungesetzliche Verhaftung.

Die Abgeordneten Daczko, Hasbach der Deutschen Vereinigung und andere Abgeordnete haben an den Herrn Minister der ehem. preuß. Gebietsteile eine Interpellation wegen ungesetzlicher Verhaftung eines polnischen Staatsbürgers auf Anordnung der Verwaltungsbehörde gerichtet. Sie lautet:

„Auf telegraphische Anweisung der Wojewodschaft in Thorn wurde der polnische Staatsbürger Krai in Krajinki, Kreis Tuchola, am 25. Juni d. Js. durch zwei Gendarmen verhaftet und dem Polizeigefängnis in Tuchola zugeführt. Am 26. Juni d. Js. fand seine Vernehmung durch den zuständigen Richter statt. Herr Krai wurde nach seiner Vernehmung sofort auf freien Fuß gesetzt und mit der Bemerkung entlassen, daß zu seiner Verhaftung überhaupt kein Grund vorgelegen hätte.

Die Anordnung der Wojewodschaft widerspricht dem Artikel 97 der Verfassung. Der Verhaftete durfte außerdem nicht dem Poli-

---

Um eines Mannes Ehre.

Original-Roman von A. Groner.

(32. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Nachdem er die Ortschaft hinter sich hatte, kroch er in eine schon halb entleerte Heuhütte, um daselbst wieder seine Kräfte zu sammeln.

Ganz wohlig wurde ihm.

Es kam sogar der Schlaf, um ihn zu erquicken, ein tiefer Schlaf, den nicht einmal ein häßlicher Traum unterbrach.

Er wurde dann auf sonderbare Art geweckt.

Katzen balgten sich unter wüstem Geschrei in seiner Nähe.

Da fuhr er empor, rieb sich die Augen und war nach wenigen Minute wieder auf der Straße.

Noch war es tiefe Nacht.

Als er Mürzzuschlag erreichte, wurde es gerade grau im Osten.

Als er dem Friedhofe nahe kam, konnte er schon mancherlei dort unterscheiden, und da er auf das Häuschen zuschritt, nach dem er sich während seiner trostlosen Wanderung unbeschreiblich gesehnt hatte, klomm die Röte, die dem Sonnenlicht vorangeht, über die Berge.

Nichts regte sich ringsum.

Scheu blickte der müde Mann noch einmal zum Friedhof hinüber, in welchem sein Liebstes, sein Söhnchen ruhte; scheu blickte er zu dem Häuschen hinauf, darin er eine wußte, die gut, o, so gut war, aber auch ernst und streng und zu keinem Kompromiß bereit war.

Und zu dieser einen wollte er; zu ihr wollte er seine Seelennot tragen.

Ob sie ihn einließ?

Ob sie ihn anhörte?

Oder ob sie ihn sofort von ihrer Schwelle stieß?

Sein Herz stand still, als er an die Tür pochte.

Er brauchte es kein zweitesmal mehr zu tun.

Sie war sofort erwacht, falls sie überhaupt noch geschlafen hatte.

Ein leiser Aufschrei hatte seinem Pochen geantwortet, und gleich danach zeigte die Bewegung des Vorhanges am Fenster der Küche, daß dort jemand Ausschau hielt nach dem, der da Einlaß wollte.

Im nächsten Moment klirrte ein Riegel. Die Tür ging auf.

Zwei sterbensbleiche Menschen standen einander gegenüber.

Georg Tilgner, der von hier entwichen war, um Rache zu üben an einem, der niederträchtig an ihm gehandelt hatte, war zum zweiten Male heimgekehrt.

*

Genau zu derselben Zeit, zu welcher Tilgner aus dem kleinen Bergwirtshause geflüchtet war, also zwischen der sechsten und siebenten Abendstunde des 28. März, saßen Hanna und ihr Bräutigam, Tante Berta und Breuner, Bergers ehemaliger Geschäftsführer, in dem gemütlichen Familienzimmer beisammen.

„Gemütlich", sonst war es so, heute nicht, trotzdem das Feuer im Ofen knisterte und die feuchte Kälte dieses Vorfrühlingstages vertrieb.

Dieses traurige Sonntagsende konnte durch nichts ausgebessert werden.

Der freundliche Feuerschein des Ofens spiegelte sich eben in gar zu vielen Tränen, fiel auf gar zu blasse Gesichter.

Nein, heute war es in dem behaglich eingerichteten Familienzimmer des Bergerschen Hauses gar nicht gemütlich, denn ganz deutlich waren darin die Hammerschläge zu hören, die auf die Nägel fielen, mit denen das schwarze Zeug an den Wänden des ebenerdigen Zimmers festgenagelt wurde, das zum Empfang des Hausherrn, dessen letztes Heimkommen man für morgen früh erwarten mußte, dienen sollte.

Diese Hammerschläge fielen zugleich auf der armen Hanna Herz, und auch den drei anderen taten sie weh, nicht am wenigsten dem alten Breuner, der jetzt alles das, was ihm an seinem einstigen Brotgeber zuwider gewesen, vergessen hatte und nur mehr an das Gute in dem Gestorbenen dachte und — an das harte Urteil, das seine scharfe Zunge so oft über Berger gefällt hatte. Herrgott! Er hatte ja nur die Wahrheit geredet, Berger ins Gesicht und hinter seinem Rücken — aber jetzt kam es dem alten Mann doch so vor, als habe er Berger doch das eine oder andere Mal unrecht getan.

(Fortsetzung folgt.)

Kunst und Wissenschaft.

— **Vom Goethe-Museum in Frankfurt a. M.** Wie die „Frankfurter Zeitung" berichtet, erhielt die Direktion des Frankfurter Goethe-Museums von französischer Seite die Mitteilung, daß die französische Regierung auf die Eingabe der Direktion die Herausgabe der in dem Goethe-Pavillon in Lyon aufgestellten Gegenstände angeordnet hat, mit Vorbehalt der Wiedererstattung der entstandenen Unkosten. Diese sollen allerdings den Wert der jetzt freigegebenen Gegenstände bei weitem übersteigen.

— **Die Wiener Theatermesse.** Die Nachricht, daß gleichzeitig mit der ersten Wiener internationalen Mustermesse auch die erste Theater-, Konzert- und Kinomesse stattfindet, hat im Ausland wie auf dem Wiener Platz das lebhafteste Interesse hervorgerufen. Von allen Seiten laufen an die Leitung des jungen Unternehmens Anfragen über die Organisation der Theatermesse ein, die alle von dem ausgezeichneten Ruf Zeugnis ablegen, dessen sich das Wiener Theater- und Konzertwesen in der ganzen Welt erfreut. Die nachfolgenden Ausführungen sollen den Interessentenkreisen darüber Aufschluß geben, welche kulturellen und wirtschaftspolitischen Ziele die Wiener Theatermesse verfolgt und in welchem Ausmaße sie ihren Anteil an dem Wiederaufbau des Verkehrs mit dem Auslande hat.

[Ger]ichtsgefängnis, sondern mußte dem Gerichtsgefängnis in Tuchola überwiesen werden.

Den Herrn Minister der ehem. preuß. Teilgebiete fragen wir daher:

„Ist dem Herrn Minister dieser Fall bekannt? Wenn ja, auf wessen Veranlassung ist diese ungesetzliche Verhaftung, die mit der Verfassung Art. 97 im Widerspruch steht, erfolgt? Welche Schritte wird der Herr Minister unternehmen, um die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen und derartige Übergriffe der Behörden in Zukunft zu verhindern?"

Warschau, den 7. Juli 1921. Die Interpellanten.

Zum Streik der Landarbeiter.

Die „Gazeta Powszechna", das Organ der Landproduzenten, bringt in der heutigen Nummer folgenden

Aufruf an das großpolnische Volk!

Infolge der unerhört und zum großen Teil vollkommen unbegründeten Lohnforderungen der Landarbeiter steht die großpolnische Landwirtschaft in ihrer großen Mehrheit vor einem vollständigen Ruin. Der rücksichtslose Standpunkt, den die polnische Berufsvereinigung gegenüber den Landproduzenten eingenommen hat, macht alle Verhandlungen unmöglich und dies um so mehr, da die polnische Berufsvereinigung sich nur dann dem Urteil des Schiedsgerichtes unterstellen will, wenn dieses Urteil in seinem ganzen Umfang ihre hohen Forderungen anerkennt. Diesen Streik benutzen anarchistisch-jüdische Elemente und agitieren in den Dörfern und rufen durch Terror Landstreiks hervor. Bis zu diesem Augenblick umfaßt der Streik 50 Dörfer. Wir können uns nicht dem Eindruck entziehen, daß, obwohl die polnische Berufsvereinigung diesen Streik nicht heraufbeschworen hat, sie trotzdem aus taktischen Gründen mit diesem Streik sympathisiert.

Infolgedessen ist die Ernte des Brotgetreides und die mit dieser engverbundene Verpflegung der Städte auf das ernsteste bedroht. Alle unsere Anstrengungen und kolossalen Opfer, die wir bringen und bringen wollen, um unserem Teilgebiet die genügende Menge von Lebensmitteln zu sichern, werden zunichte gemacht. Wir geben deshalb dem gesamten Volke von dieser ernsten Lage Kenntnis, damit nachher die Verantwortung für die schrecklichen Folgen, die die Vernichtung der Ernte sicher mit sich bringen wird, nicht auf uns fällt. Wir fordern unsere staatlichen Behörden auf, daß sie zum Wohle des Landes energisch gegen diese kommunistisch-jüdischen Agitationen auftritt.

Vereinigung der Landproduzenten.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 14. Juli.

Stadtverordnetensitzung.

Nachdem der stellvertretende Vorsitzende Grzegorzewicz die gestrige Stadtverordnetensitzung gegen 7 Uhr eröffnete, erteilte er dem Stadtpräsidenten von Drwęski das Wort zu folgenden Ausführungen über eine

abermalige Verteuerung des Brotes.

„Gestatten Sie, meine Herren, daß ich Ihnen zu Beginn der Sitzung die Ergebnisse der Konferenz zwischen dem Ministerium und dem Magistrat mitteile. Vom Montag ab ist eine Verteuerung des Brotes in Aussicht genommen. Um die Übergangszeit zum freien Handel für die Bevölkerung zu erleichtern, hat die Regierung die große Summe von 800 Millionen Mark bewilligt, damit das Steigen des Brotpreises schrittweise vor sich gehen kann. Die Angelegenheit des freien Handels verpflichtet noch nicht gesetzlich, und so hat das Ministerium die Verteilung des Mehles in dieser Zwischenzeit übernommen. Die von der Regierung bewilligten 800 Millionen sind dazu bestimmt, die Verteuerung des Brotpreises für die Bevölkerung zu erleichtern. Vorgesehen ist zunächst von Montag ab ein Brotpreis von 92 Mark für das 4-Pfund-Roggenbrot, 1 Pfund Weizenbrot wird 27 Mark kosten, die 80-Gramm-Semmel 4 Mark. Das bedeutet also eine Verteuerung um 100 v. H. In Aussicht genommen war eine solche von 200 v. H."

Stadtv. Budzyński: „Der Präsident spricht hier nur von den Ergebnissen der Konferenz. Es wäre uns angenehm, hier etwas über die Grundlage dieser Konferenz zu höre. Gefordert wurden von uns 240 M. für das 4-Pfund-Brot, das sind 60 M. für 1 Pfund. Durch unseren Einspruch ist es gelungen, zu erreichen, daß die plötzliche Steigerung nicht zustande kam. Es ist hier angebracht, zu sagen, daß wir alle gleich von dieser Verteuerung betroffen werden. Der schuldige Teil ist das Land. Die Bauern gehen im Gegensatz zu uns Hand in Hand, und wir müssen in schärfster Weise Einspruch gegen dieses ihr Vorgehen erheben. Kleine Bauern fahren hier in der Stadt herum und fordern 700 bis 800 M. für den Ztr. Kartoffeln. 1 Ztr. Getreide soll schon 3000 M. kosten. Die Bauern fordern eben diesen Preis und gehen solidarisch vor. Außer der Presse sind wir Stadtväter die einzigen, die für diese Umstände verantwortlich sind, denn wenn man unseren Protest nicht hört, wen soll man denn hören? Durch diese ständigen Verteuerungen ist der Arbeiter geradezu gezwungen, eine Erhöhung seiner Löhne zu erstreben. Kann man es so den Arbeitern verdenken, wenn sie streiken? Ich bin absolut nicht für eine Sozialisierung der Güter, aber ausbeuten darf man uns nicht. Die Ausnützung beginnt bei den kleinen Agrariern; das ist der Weg, den die deutschen Junker gingen, und dieser Weg muß zu demselben Enderfolge wie der Weg bei den Deutschen führen. Was jetzt geschieht, ist schlecht. Wenn wir heute 92 M. als Brotpreis bewilligen, so tun wir dies, weil wir es müssen."

Stadtv. Krause: „Der Arbeiter verdient täglich ungefähr 260 M. Eine vielköpfige Familie braucht ungefähr 2 Brote am Tage. Was soll er nun mit dem restlichen Gelde beginnen? Ist es nicht eine Schande, daß unsere polnische Regierung so vorgeht? (Vizepräsident: Herr Krause, ich bin genötigt, Sie zur Ordnung zu rufen.) Stadtv. Krause fortfahrend: Wir sind doch hier, um die Wahrheit zu sagen. Nicht der Magistrat ist an dieser ständig wachsenden Teuerung schuld, sondern die Regierung. (Der Redner wird zum zweiten Male zur Ordnung gerufen.) Außer dem Arbeiter gibt es doch auch Leute, die diese 260 M. täglich nicht verdienen. Das muß zum allgemeinen Elend führen." Der Redner wird wegen einer nochmaligen Redewendung gegen die Regierung zum dritten Male zur Ordnung gerufen.

Stadtv. Sieradzki: „Die Tatsache selbst, daß wir bei Beginn der Sitzung gegen die Brotpreise protestieren müssen, ist bezeichnend." Der Redner bittet, alles zu tun, um die ungesunden Zustände zu beseitigen.

Stadtv. Suchowiak: „Seit Monaten schon pfeifen die Spatzen von den Dächern das Lied vom freien Handel, und wir waren doch darauf auf das Kommende vorbereitet." Der Redner wiederholt im allgemeinen das Vorhergesagte; er hat jedoch die Hoffnung, daß Polen die schweren Wochen überstehen wird, und daß die Arbeitgeber alles tun werden, um eine Katastrophe zu vermeiden, d. h. die Entlohnung des Arbeiters gemäß der Verteuerung regeln.

Stadtpräsident von Drwęski: „Unsere weitere Politik wird nun sein, die Rechte zu gebrauchen, die uns der Minister gab, d. h. den Fonds zu benützen, der uns zur Verfügung gestellt worden ist. Der Höchstpreis des Brotes wird sich wahrscheinlich auf 200 Mark stellen. Außerdem werden wir etwa ⅔ der heutigen Ration gegen Karten für 92 M. abgeben. Dieses gegen Karten abgegebene Brot muß so lange wie möglich im Preise von 92 M. erhalten bleiben. Eine Gesundung der Zustände ist in etwa einem halben Jahre zu erwarten."

Darauf entspann sich eine Auseinandersetzung zwischen den Stadtvv. Dr. Stark, Budzyński und Szymanowski über Unifikation und Separatismus.

Stadtv. Dr. Stark weist darauf hin, daß die Preise für Bekleidung in Kongreßpolen billiger sind, als bei uns. Durch die ständige Ausfuhr ist unser Teilgebiet verarmt. Über den Teilgebieten steht das Wohl des Ganzen.

Nunmehr trat man in die Beratung der Tagesordnung ein. Sie begann mit der Magistratsvorlage über die Änderung der Beamtenbesoldung, über die der Stadtv. Ballenstedt berichtete. Es war seinerzeit ein Ausschuß aus den Stadtvv. Suchowiak, Kucharski und Ballenstedt gebildet worden, der diese Angelegenheit vorberaten hatte. Das Ergebnis dieser Beratungen sind Zulagen für die Magistratsmitglieder und andere Beamte. Die Repräsentationskosten der Vizepräsidenten wurden auf 50 000 M. erhöht. Gleichfalls erhöht wurden die Bezüge des Stadtpräsidenten. Auch fanden Beamtenversetzungen in höhere Klassen statt. Die Vorlage wurde ohne Widerspruch der Versammlung angenommen.

Darauf sprach Stadtv. Budzyński über die Erhöhung des Wasserzinses von 9 auf 15 Mark. Der Magistrat begründete diese erneute Erhöhung mit der Verteuerung des Kohlenpreises. Der Redner befürwortet diese Erhöhung und bat, die Vorlage ohne Aussprache zu bewilligen.

Die Versammlung stimmte der Vorlage zu.

Es folgte die Wahl von Beisitzern zu den Schiedsgerichten, deren Zahl auf 30 festgesetzt wurde; die Anstellung des technischen Sekretärs Nowakowski, die nachträgliche Bewilligung von Mitteln zur Verstärkung verschiedener Titel der Kapital- und Schuldenverwaltung, die Wahl zweier Mitglieder zur Grundeigentumsdeputation, die Wahl von Beisitzern zum Wohnungsamt.

Ferner wurde der Voranschlag der allgemeinen Verwaltung nach dem Antrage des Berichterstatters unverändert angenommen.

Stadtv. Sieradzki behandelte noch die Angelegenheit einer einmaligen Teuerungszulage für die städtischen Arbeiter von 4000 M. für Verheiratete, 2000 M. für Ledige und 1000 M. für Jugendliche.

Schluß der Sitzung ½9 Uhr. △

Tumultuarische Ausschreitungen.

Zu tief bedauerlichen Ausschreitungen unlauterer Elemente kam es gestern abend im Anschluß an eine große Abgeordnetenversammlung, zu der die Nationale Arbeiterpartei auf 6½ Uhr abends nach dem Plac Bernardyński (früher Bernhardinerplatz) eingeladen hatte. Einberufer und Leiter der Versammlung war ein gewisser Ciszak. Die Versammlung war nach Feststellungen der Versammlungsleitung von rd. 30 000 Personen beiderlei Geschlechts und der verschiedenen Altersstufen besucht.

Als erster Redner sprach der Sejmabgeordnete Nader über das Verhältnis der Nationalen Arbeiterpartei zur jetzigen Regierung. Er übte an der jetzigen Regierung äußert scharfe Kritik und forderte den Rücktritt des Ministerpräsidenten Witos und des Ministers für das ehem. preuß. Teilgebiet Kucharski. — Sodann nahm der zweite Redner des Abends, Sejmabg. Herz, das Wort zur Angelegenheit des Freihandels, in der er sich unter Hinweis auf die jetzt schon zutage tretende unerschwingliche Teuerung mit aller Entschiedenheit gegen die Einführung des Freihandels aussprach. — Beim dritten Punkte der Tagesordnung behandelte ein hiesiger Redner die Frage der Rückwanderer, indem er die Errichtung besonderer Ämter nach deutschem Vorbilde forderte, die sich die Wohnungs- und sonstige Fürsorge für die zurückwandernden Polen angelegen sein lassen müßten. Im Laufe der 3½stündigen Versammlung nahmen dann noch im ganzen 17 Redner das Wort, um in mehr oder minder temperamentvollen Wendungen, die zuletzt auf eine Fünfminutenredezeit beschränkt wurden, zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung Stellung zu nehmen. Zu jedem Punkte der Tagesordnung wurden Entschließungen im Sinne der Referenten eingebracht und angenommen. Sich dagegen äußernde Versammlungsteilnehmer wurden niedergeschrieen und teilweis mißhandelt.

Nach der Versammlung, die erst in der 11. Stunde ihr Ende fand, zog ein großer Teil der Versammlungsteilnehmer über die Wielkie Garbary (früher Große Gerberstraße) und ul. Wielka (früher Breite Straße) nach dem Stary Rynek (früher Alter Markt), und hier war es, wo unlautere Elemente ihrer Erregung Luft machten, indem sie nach und nach 18 meist sehr wertvolle Schaufensterspiegelscheiben an den Geschäften der Nord- und Westseite des Alten Marktes zertrümmerten und die Schaufenster teilweis ausraubten. In dem dem Stadthause gegenüberliegenden Geschäftshaus Stary Rynek 80 bis 82 (früher Alter Markt) wurden beispielsweise sämtliche Schaufensterscheiben zertrümmert. Betroffen wurden von diesem bedauernswerten Ausbruch der entfesselten Volksleidenschaft ausschließlich polnische und zwei jüdische Geschäfte. Der Schaden, der durch das sich bis gegen Mitternacht hinziehende tumultuarische Treiben angerichtet wurde, beläuft sich auf viele hunderttausend Mark, die Stadt Posen ist dafür haftbar. Abgesehen von diesem materiellen Schaden ist es tief beklagenswert, daß die wenigen noch unversehrt erhaltenen, heut kaum zu ersetzenden Scheiben einer blinden Volkswut zum Opfer fielen.

+ **Grundstücksverkauf.** Die Villa ul. Podolska 7 (früher Westfalenstraße) in Solatsch hat der Besitzer Karl Wiesener an den Staatsrat Winiecki verkauft.

× **Selbstmord** verübte gestern in seiner Wohnung im Hause ul. Podgórna 8 (früher Hindenburgstraße) der Arbeiter Valentin Szybek, indem er sich mit Gas vergiftete.

× **Diebstähle.** In der Nacht zum Mittwoch wurde dem Reisenden Franz Górny auf der Eisenbahnfahrt von Warschau nach Lodz eine Brieftasche mit 18 000 Mk, vier Dividendenscheine und eine silberne Uhr im Gesamtwerte von 32 500. Mk. gestohlen. — In der Nacht zum Dienstag wurden aus der Waschanstalt der ulica Szkólna 13 (früher Schulstraße) bei einem Einbruch zwei Bettdecken, drei weiße Bettbezüge, drei bunte Hemden und eine Bettdecke im Werte von 50- bis 70 000 Mark gestohlen. — In der Nacht zum Mittwoch wurden von der Vogelwiese in der Droga Dębińska 1 (früher Eichwaldstr.) ein elektrischer Dynamomotor, 6 P. S., der Firma Gradewerke Magdeburg im Werte von 150 000 M. gestohlen. — Vom Grundstück ul. Grunwaldzka 16 (früher Auguste Viktoriastraße) wurde der Firma Czarnecki ein Kraftwagen-Eisenmotor im Werte von 20 000 M. gestohlen.

c. **Rogasen, 13. Juli.** In seiner Versammlung am Sonntag wurde der hier seit 41 Jahren bestehende israelitische Jungfrauenverein aufgelöst. Mangel an Beteiligung, veranlaßt durch den Wegzug eines großen Teils der Mitglieder, ist die Ursache hierzu gewesen. Das Vereinsvermögen wurde dem israelitischen Frauenverein überwiesen.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	14. Juli	12. Juli
4% Posener Pfandbriefe (alte) .	—,—	—,—
3% „ „ Buchst. A u. B	—,—	—,—
3½% „ „ ohne Buchst	—,—	—,—
3½% „ „ Buchst. C .	—,—	—,—
4% „ „ Buchst. D u. E	—,—	—,—
4% „ „ (neue) . .	—,—	—,—
4% „ (neue) mit poln. Stempel	—,—	—,—
4% Pos. Pfandbriefe	—,—	—,—
4% Pos. Provinzialobligationen	—,—	—,—
3½% Posener Prov.-Pfandbriefe	—,—	106 + N
5½% Obl. Cegielski	120 + N	120 + A
6% Schuldscheine der Bank Kredyt. Hipot. Warszawsk.	—,—	—,—
Bank Związku I—VII em. (ungest.)	—,—	—,—
Bank Związku VIII em. (ungest.)	—,—	—,—
Bank Związku IX em. (ungest.)	255 + A	—,—
Bank Handlowy, Poznań I—VII	335 + N	335 + N
„ „ „ VIII . .	335 + N	335 + N
Bank Handlowy, Warszawa . .	—,—	—,—
Bank Dysk., Bydg.-Gdańsk I—IV	300 + A	300 + A
Kwilecki, Potocki i Ska.	495 + N	495 + N
Bank Ziemian	660 + N	650 + N
Bank Ziemski	—,—	—,—
R. Barcikowski I—IV em. . . .	240 + N	—,—
R. Barcikowski V em.	200 + N	200 + A
Centrala Skór	—,—	650 +
Luban	530 +	—,—
Dr. Roman May	600 + N	585 + N
Patria	403 +	405 + N
Pozn. Spółka Drzewna	—,—	1525 + A
C. Hartwig I—III em.	—,—	—,—
C. Hartwig IV em.	405 + A	410 +
Cegielski I—VI em.	290 + N	285 + N
Cegielski VII em.	—,—	285 + N
Hurtownia Związkowa	185 + N	180 + N
Włókno	—,—	—,—
Inoffizielle Kurse:		
4½% poln. Pfandbriefe . . .	—,—	—,—
4½% poln. Pfandbriefe (abgest.)	—,—	—,—
Bank Centralny I—III	450 + N	—,—
Bank Poznański I. Em.	210 + N	—,—
Bank Przemysłowców	285—290 + A	290 + A
Pozn. Bank Ziemian (exkl. Kupon)	—,—	—,—
Polski Bank Komisowy II. Em. .	—,—	—,—
Bank Zjednoczenia	—,—	225 + A
Hurtownia Drogeryjna (o. Bezugsr.)	230 +	—,—
Iri	165 + N	—,—
Wytwornia Chemiczna	270 + N	—,—
Wyroby Ceramiczne, Krotoszyn .	180 + N	170 + N
Drzewo Wronki	—,—	—,—
Wisła	—,—	—,—
Arcona	—,—	—,—
Brzeski Auto (exkl. Kupon) . .	—,—	—,—
Wagon Ostrowo	180—185 +	170 +
Wytwornia Maszyn Młyńskich .	500 + N	500 + N
Herzfeld Viktorius	365—370 + N	370 +
Bentzki	440 + A	433 + N
Orient	195 + N	—,—
Sarmatia	430 + A	425—430 + A
Bławat	—,—	—,—
Dom Konfekcyjny	—,—	—,—
Tkanina	—,—	—,—
Centrala Rolników	—,—	—,—
Papiernia Bydgoszcz	280—285 + N	270—280 + N
Trie	—,—	—,—
Hurtownia Skór	—,—	350 + N
Sierakowskie Kopalnie Węgla .	—,—	—,—
Kabel	—,—	—,—
Lloyd Wielkopolski	160 + A	160 + A
Zjedn. Cegieln. Aug. Grab. . .	—,—	—,—
Pneumatik	170 + A	170 + A

Berliner Börsenbericht

vom 13. Juli.

Diskonto-Komm.-Anteile .	279.50	3½ % Pos. Pfandbriefe .	15.25
Orenstein u. Koppel . . .	618.—	Auszahlung Warschau . .	4.—
Hartmann Maschinen . .	619.—	Polnische Noten	4.15
Phönix	808.—	Kriegsnoten	10.50
Caro	278.—	Dollar	74.87½
Otavi	407.50	Englische Pfund	271.—
Scheidemandel	690.—	Gulden	2257.50
3½% Poln. Pfandbriefe .	14.50	Schweizer Franken . . .	1242.—
4% Pos. Pfandbriefe . .	16.50		

Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: i. V. Dr. Franz Buchta; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznan.

Gott nahm uns am Sonntag, dem 10. d. Mts. im Lutherstift in Frankfurt a. O. nach kurzem schweren Leiden meinen inniggeliebten Mann, unsern lieben, guten Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder und Onkel, den

Rentier

Ferdinand Mau

in dem gesegneten Alter von 74 Jahren und 3 Monaten.

Neuhof bei Platkow. Canada (Rep. Argentina). Wernickeshof, Neuyork.

Elise Mau, geb. Möller,
Fritz Mau und Frau Margarete, geb. Pöhls,
Ferdinand Wernicke und Frau Minna, geb. Mau,
Adolf Mau und Frau Martha, geb. Nacke,
Carl Mau
und **9 Enkelkinder.**

Die Beisetzung findet Donnerstag, den 14. d. Mts. in Neuhof bei Platkow, Kreis Lebus, statt. [3737

Stellenangebote.

Tüchtiger

Inspektor

für selbständige Bewirtschaftg. von 2000 Morgen, viel Hackfrucht, für Schlesien gesucht. Angebote mit Zeugnisabschr. und Referenzen unter **A. Z. 1971** a. d. Geschst. d. Bl. erb.

2 Malergehilfen und 2 Anstreicher

stellt auf Landschloß ein. **Heinrich Lebe, Czempin.** (1997

Für einen kl. Haushalt wird von sofort ein besseres Mädchen als (1953

Stütze

bei hohem Gehalt gesucht. Hilfe vorhanden. Off. erbittet **Paul Ziegel, Wągrówiec.**

Tücht. Verkäuferin

für Damenkonfektionshaus in Liegnitz gesucht. Off. **Schließfach 106.** (960

Danziger Privat-Actien-Bank

Gegründet 1856 Fernruf 5454-5461 — **Danzig** — **Langgasse 32/34** Fernruf 5454-5461

Aktienkapital und Reserven ca. 40 Millionen Mark

Danzig	Langfuhr	Neufahrwasser	Zoppot
Stadtgraben 12 4. Damm 7	Hauptsstrasse 113	Olivaer Strasse 8	Am Markt 1

Zweigstellen:

In Deutschland: Stolp i. Pommern, Köslin, Lauenburg, Elbing, Marienburg

In Polen: Poznań, Grudziądz, Starogard (Pomorze), Tczew. [2016

Die Wojewodschaft teilt mit, daß das Ministerium des ehem. pr. Geb. die Genehmigung zur Ausfuhr von Pferden und Jungvieh im Alter bis zu 2 Jahren sowie Schafen nach den anderen Gebietsteilen des Staates ohne Erfordernis einer Ausfuhrgenehmigung der Wojewodschaft — Ausfuhrabteilung — widerruflich erteilt hat.

Vorstehende Verfügung wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Poznań, den 9. Juli 1921.

Magistrat der Stadt Poznań.
(—) Drwęski.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A

Freitag, 15. Juli, abds. 8 Uhr. Sonnabend morgens 8¾ Uhr **mit Schacharis beginnend,** nachm. 5 Uhr Mincha. abends (Sabbatausgang) 10 Uhr 7 Min.

Werktags-Andacht. Morgens 7 Uhr und abends 8 Uhr.

Synagoge B

(Israel. Brüdergemeinde), Ulica Dominikańska.

Freitag, d. 15. Juli, abends 7 Uhr. Sonnabend vorm. 10 Uhr.

Werktags-Andacht. Morgens 7 Uhr und abends 7½ Uhr

Bei meinem Abschiede von Poznań rufe ich allen Schülern und Bekannten ein [1924

herzliches Lebewohl zu.

Julia Flechtmann.

Gestern verschied nach kurzem Krankenlager sanft im festen Glauben an den Erlöser, die

praktische Lehrerin

Fräulein Emma Wandke.

Nach langer segensreicher Tätigkeit in ihrer Vaterstadt Inowrocław trat sie in unseren Lehrkörper ein, dem sie nur ein Jahr angehörte. Sie ging ihren Weg in Treue.

„Selig sind, die da Heimweh haben, denn sie werden nach Hause kommen!"

Węzikowo (Maidburg), den 11. 7. 1921.

Für den Lehrkörper der Wegenerschen Frauenschule:
M. Wegener. [2019

Industr. Unternehmen

Baugeräte und Baumaterialien - Engros, Hauptsitz Danzig, mit Filialen in Deutschland, sucht auch polnische

Kapitalisten

mit 500 bis 1000 Mille poln. Mark Einlage zwecks Gründung einer hiesigen A.-G. mit Gewinnanteil an auswärtigen deutschen Niederlassungen. Offerten u. **2012** an die Geschäftsstelle dies. Blattes.

Für ernste

Reflektanten

mit einem Kapital von 10—200 Millionen polnischer Mark

sowie

Amerikaner

suchen wir sofort:

Landwirtschaften,
Güter,
Rittergüter,
Domänen,
Zuckerfabriken,
Dampf- und Wassermühle,
Ziegeleien,
Fabriken jeglicher Art,
Brauereien,
Hotels,
Häuser und Villen

und bitten um umgehende gefl. Offerten mit genauen Aufschlägen und Preisangabe.

Biuro Rolniczo-Komisowo-Handlowe

„ORSO" M. Przybyl i Ska.

Poznań, ulica Szymańskiego 10 I. — Telephon 5258.

Eigene Lagerräume. Eigene Gespanne. Uebernehmen Vertretungen erster Firmen.

Existenz in Deutschland.

Gutgehendes **Engrosgeschäft der Möbelbeschlagbranche** mit Kontor und anschließenden Lagerräumen, wovon bei bescheidenen Ansprüchen noch Wohnung abgetrennt werden kann, ist komplett mit Einrichtung günstig zu verkaufen. Lager kann auf Wunsch mit übernommen werden. Die Räume eignen sich auch für jede andere Branche. Ernste Selbstreflektanten wollen ihre Off. unt. **„Existenz"** an **Tow. Akc. Reklama Polska,** Aleje Marcinkowskiego 6, richten. [W 677

Hochverzinsliche Kapitalanlage!

Wir suchen für solide Firma in **Süddeutschland** stillen od. tätigen

Teilhaber

mit Mk. 500 000.— und mehr. Wohnung wird besorgt. [Ala 131

Oberrhein. Treuhand-Akt.-Ges., Konstanz (Bodensee).

Danziger Handelsgesellschaft

mit Filialen in Deutschland, Baugeräte und Baumaterialien Import und Export, **sucht einen**

Teilhaber

mit 2—300 000 poln. Mark Einlage mit entsprech. Kenntnissen für hiesige Niederlassung als A.-G. Off. unter **2011** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.



Merino-Fleischschaf

Stammschäferei Dobbertin Dobrzyniewo p. Wyrzysk, hat noch deckfähige, wollreiche, gutgeformte **Zuchtböcke** preiswert abzugeb.

E. Kujath-Dobbertin
in Dobrzyniewo p. Wyrzysk, Station Osiek.

Getreidemäher „Eyth"

sind zur sofortigen Lieferung vom Lager wieder vorrätig.

Deutsches Lagerhaus
T. z o. p.
Maschinen-Abteilung.

Domäne Sniecisko, Kr. Środa, verkauft sofort div.

landw. Maschinen u. Geräte.

Anfragen erb. an **Frau Sarrazin,** ebendorthin. (2013

Für mein Kartoffel-, Stroh-, Gemüse-Großhandelsgesch. suche sofort Fachmann als **Buchhalter und Einkäufer,** der firm im Polnischen und Deutschen ist, für Kreisstadt Posens. Gefl. Angebote sind unter **2014** an die Geschäftsstelle dieses Blattes zu richten.

Tüchtiger Kaufmann als (2289

Buchhalter und Korrespondent

für beide Sprachen zu sofort gesucht. Gehaltsansprüche und Referenzen unerläßlich. **„Wiklina", Tow. Akc., Zbąszyń, ulica Marszałkowska 69.**

Einen Eleven

mit guten Schulkenntnissen, der möglichst der polnischen Sprache mächtig ist, sucht für sofort das **Rittergut Lewitz,** Kr. Międzychód (Birnbaum).

Sofort ein

Diener gesucht.

2001] **Dom. Oborzysk, powiat Kościan.**

Suche zum 1. Oktober tüchtigen, gut empfohlenen, auch polnisch sprechend. **Hofbeamten.** Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen bitte einzusenden. [1950

Suche zu kaufen **20 junge, gängige Zugochsen.** Angebote erbittet **Rittergut Palczyn bei Nowawieś wielka,** Kreis Inowrocław.

Gewandte Stenotypistin und Schreibmaschinistin

für hiesiges Getreidegeschäft bei gutem Gehalt gesucht. Off. mit Zeugnisabschriften erbeten unter **E. S.** an **Rudolf Mosse, Poznań, ul. Wroniecka 12.** (Mp. 634

Stellengesuche

Evgl., perfekte

Wirtin,

a. m. Führg. d. Haush. vertr., s. v. 1. 8. pass., mögl. selbst. Stellg. Off. u. **2018** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Suche Stelle als

Wirtschafterin

bei einzelnem Herrn, am liebsten aufs Land. Off. u. **2020** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Wegen Domänenpachtabgabe suche ich für meinen verheirateten älteren tücht., zuverl., vertrauensw. Beamten zum 1. Okt. od. früh. die möglichst **selbständige Verwaltg. eines mittleren Gutes.** Derselbe ist der poln. Sprache in Wort und Schrift mächtig und kann ich ihn in jeder Beziehung nur bestens empfehlen. Off. bitte zu richten an Herrn Gutsverwalter **Brecht, Kunowo b. Kwieciszewo,** Kreis Mogilno.

von Johnson.

Strebs. Landwirt, Lehrzeit beendet, 25 J., sucht von sof. Stellg. als

2. Beamter oder Volontärverwalter.

Ia. Referenzen und Zeugnisse zu Diensten. Off. u. **B. 1679** an **Ann.-Bureau „Par", Bydgoszcz,** Dworcowa 18.